

//BESCHLUSS//

Der gefährlichen Rechtsentwicklung der Gesellschaft konsequent entgegentreten!

Datum: 2022-05-10

Beschreibung: Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz

Beschluss

Die GEW Niedersachsen beschließt folgende Resolution:

Erstmalig seit 1945 erleben wir aktuell ein Wiederaufleben einer faschistischen Massenbewegung in Deutschland. Die AfD, die im Bundestag, in allen Landesparlamenten sowie vielen tausend Kommunalparlamenten vertreten ist, ähnelt sowohl programmatisch als auch in ihrer öffentlichen Propaganda immer mehr der faschistischen NPD.

Zunehmend häufiger wird in den internen Tweets, aber auch ganz offen in den Reihen der AfD von einem politischen Umsturz und einem diktatorischen Führerstaat gesprochen. In einer Buchveröffentlichung formulierte der über große Einfluss innerhalb der AfD verfügende Faschist Björn Höcke als Zukunftsvision die ethnische Säuberung Deutschlands im Zuge eines Bürgerkrieges. Nach seinen Worten: ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“, in dessen Verlauf „wohltemperierte Gewalt“ angewendet werden müsse und „menschliche Härte und unschöne Szenen sich nicht immer vermeiden“ ließen. Parallel dazu gibt es seit Jahren zahllose Äußerungen von hochrangigen AfD-Funktionär*innen, nach der erstrebten Machtübernahme politisch Andersdenkende „zur Rechenschaft zu ziehen“; Höcke sprach z. B. davon, diesen Personenkreis „auszuschwitzen.“ Die Gewalt- und Umsturzpropaganda aus den Reihen der AfD geht in ihrer Offenheit und Radikalität sogar über die Parteipropaganda der NPD hinaus. Während das Bundesverfassungsgericht im zweiten Verbotsverfahren gegen die verfassungsfeindliche NPD ein Verbot ablehnte, da die Partei zu unbedeutend sei, trifft das auf die AfD nicht zu.

Seit ihrer Gründung im Jahre 2013 hat sich die AfD immer deutlicher in Richtung der neurechten Höcke-Strömung radikalisiert. In den östlichen Bundesländern dominiert diese Strömung die Landesverbände schon seit vielen Jahren, aber auch in den westlichen Landesverbänden, wie z. B. in Niedersachsen, verfügt diese Strömung über ständig sich erweiternde Bastionen. Neben den offenen Aussagen zu einem gewaltsamen Umsturz verfolgt die AfD die Strategie, unter Ausnutzung ihrer erheblichen finanziellen Mittel und ihres umfangreichen Mitarbeiter*innenstabes die öffentlichen Debatten gezielt nach rechts zu verschieben. Damit setzt sie konkret die strategische Leitlinie der Neuen Rechten um, im metapolitischen Bereich die kulturelle Hegemonie zu erringen. Eine Hegemonie, die Voraussetzung ist für einen politischen Umsturz.

//BESCHLUSS//

Neben den politischen Geländegewinnen der parteiförmig organisierten extremen Rechten sind während der Corona-Pandemie in der sogenannten Querdenken-Bewegung demokratiefeindliche und antisemitische Einstellungen deutlicher sichtbar geworden.

Alarmierend ist zudem, dass in Polizei, Bundeswehr und Reservist*innenverbänden rassistische und extrem rechte Netzwerke und Mentalitäten existieren.

Die GEW stellt sich diesen Entwicklungen entschlossen entgegen und sieht sich in der Pflicht, eine laute Stimme für die Stärkung der Demokratiebildung zu sein. Darüber hinaus wird die GEW weiterhin Bestrebungen unterstützen, die eine antifaschistische Praxis entwickeln.